
Vorsitz: Polen**1351. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 20. Januar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 17.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß der Vorsitzende die neue Ständige Vertreterin Irlands bei der OSZE, Botschafterin Anne-Marie Callan, willkommen.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: REDE DES PRÄSIDENTEN DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG
DER OSZE

Vorsitz, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PA.GAL/1/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra und der Ukraine) (PC.DEL/61/22), Russische Föderation (PC.DEL/35/22), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/24/22), Türkei (PC.DEL/50/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Ukraine (PC.DEL/54/22), Norwegen (PC.DEL/29/22), Armenien (PC.DEL/58/22), Georgien (PC.DEL/51/22 OSCE+), Belarus (PC.DEL/27/22 OSCE+), Kasachstan, Usbekistan, Kanada (PC.DEL/44/22 OSCE+), Aserbaidshan (PC.DEL/60/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: REDE DES STELLVERTRETENDEN
PREMIERMINISTERS UND AUSSEN-
MINISTERS DER REPUBLIK KASACHSTAN,
S E. MUCHTAR TILEUBERDI

Vorsitz, stellvertretender Premierminister und Außenminister von Kasachstan (PC.DEL/56/22 OSCE+) (SEC.DEL/25/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/31/22), Russische Föderation (PC.DEL/38/22), Vereinigtes Königreich, Türkei (PC.DEL/49/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra und der Ukraine) (PC.DEL/64/22), Schweiz (PC.DEL/65/22 OSCE+), Armenien (PC.DEL/57/22), Belarus (PC.DEL/34/22 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/32/22), Turkmenistan, Kirgisistan, Usbekistan, Aserbaidschan (PC.DEL/59/22 OSCE+), Tadschikistan, Kanada

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Vorsitz

- (a) *Russlands fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine und rechtswidrige Besetzung der Krim*: Ukraine (PC.DEL/33/22), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und der Ukraine) (PC.DEL/63/22), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/28/22), Türkei (PC.DEL/52/22 OSCE+), Kanada (PC.DEL/45/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Schweiz (PC.DEL/36/22 OSCE+), Norwegen (Anhang 1)
- (b) *Die sich verschlechternde Lage in der Ukraine und die fortgesetzte Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainischen Behörden*: Russische Föderation (PC.DEL/26/22), Kanada (Anhang 2)
- (c) *Anhaltende Menschenrechtsverletzungen in Estland*: Russische Föderation (PC.DEL/37/22), Estland
- (d) *Gerichtsentscheidungen über die Auflösung von Memorial International und des Menschenrechtszentrums von Memorial in der Russischen Föderation*: Norwegen (auch im Namen Islands, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika) (PC.DEL/42/22), Schweiz (PC.DEL/66/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; sowie mit Georgien und der Ukraine) (PC.DEL/53/22), Russische Föderation (PC.DEL/41/22)

- (e) *Referendum über Verfassungsänderungen in Serbien und Verhinderung der Unterstützung der Durchführung der Abstimmung durch die OSZE-Mission im Kosovo (OMiK) seitens Prištinas: Serbien (Anhang 3), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und der Ukraine) (PC.DEL/62/22), Russische Föderation (PC.DEL/40/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Albanien (PC.DEL/43/22 OSCE+), Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/47/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/39/22)*

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Rede des Amtierenden Vorsitzenden im Ständigen Rat über Videokonferenz am 13. Januar 2022: Vorsitz*
- (b) *Teilnahme des Amtierenden Vorsitzenden am jährlichen Treffen des OSZE-Vorsitzes und des Sekretariats mit den Leiterinnen und Leitern der Feldoperationen und Institutionen am 13. und 14. Januar 2022 in Wien und über Videokonferenz: Vorsitz*
- (c) *Treffen zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden und dem Präsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, S. E. I. Cassis, am 13. Januar 2022 in Wien: Vorsitz*
- (d) *Beginn der Konsultationen über die mögliche Aufnahme eines neuen OSZE-Sicherheitsdialogs: Vorsitz*
- (e) *Die Lage in Kasachstan: Vorsitz*
- (f) *Telefongespräch zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden und dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, S. E. P. Maurer, am 19. Januar 2022: Vorsitz*
- (g) *Verteilung der Liste der Persönlichen Beauftragten und Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Jahr 2022 (CIO.GAL/6/22 OSCE+): Vorsitz*
- (h) *Verteilung der Liste der Bewerbungen für den Posten des Leitenden Beobachters/der Leitenden Beobachterin der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (CIO.GAL/7/22 Restr.): Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung des wöchentlichen Berichts der Generalsekretärin (SEC.GAL/9/22 OSCE+): Generalsekretärin*

- (b) *Treffen zwischen der Generalsekretärin und dem Präsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, S. E. I. Cassis, am 13. Januar 2022 in Wien: Generalsekretärin*
- (c) *Teilnahme der Generalsekretärin am jährlichen Treffen des OSZE-Vorsitzes und des Sekretariats mit den Leiterinnen und Leitern der Feldoperationen und Institutionen am 13. und 14. Januar 2022 in Wien und über Videokonferenz: Generalsekretärin*
- (d) *Town Hall Meeting der Generalsekretärin und der OSZE-Durchführungsorgane am 19. Januar 2022 über Videokonferenz: Generalsekretärin*

Punkt 6 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Präsentation eines Aktionsplans zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE bis 2025 durch die Schweiz: Schweiz (PC.DEL/67/22 OSCE+), Russische Föderation*
- (b) *Verfassungsreferendum in Belarus im Februar 2022: Kanada (auch im Namen Albaniens, Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, Irlands, Islands, Italiens, Kroatiens, Lettlands, Litauens, Luxemburgs, Maltas, Montenegros, der Niederlande, Norwegens, Nordmazedoniens, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, der Tschechischen Republik, Ungarns, der Ukraine, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und Zyperns), Belarus (PC.DEL/48/22 OSCE+)*
- (c) *Parlamentswahl in Ungarn am 3. April 2022: Ungarn*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 27. Januar 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1351. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1351, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

Norwegen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, doch möchte ich einige Punkte besonders hervorheben.

Norwegen unterstützt konsequent die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Norwegen ist zutiefst besorgt über den anhaltenden russischen Militäraufmarsch in der Ukraine und an ihren Grenzen. Wir fordern Russland auf, verantwortungsvoll zu handeln, indem es seine Streitkräfte zurückzieht und damit die Spannungen abbaut.

Wir unterstützen die Fortsetzung von Gesprächen zur Befassung mit Sicherheitsbesorgnissen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Vorschlag des polnischen Vorsitzes, ein geeignetes Format für die Einbindung der OSZE und einen verstärkten Dialog zu eruieren.

Herr Vorsitzender,

die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) ist wichtig für die Beobachtung der Einhaltung der Waffenruhe und als Hilfestellung für die Zivilbevölkerung in den vom Konflikt betroffenen Gebieten.

Wir bedauern die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der SMM in Gebieten, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung stehen.

Alle Parteien müssen dafür sorgen, dass die SMM im Einklang mit ihrem Mandat Zugang zu allen Teilen der Ukraine hat, und dürfen deren unbemannte Luftfahrzeuge, Kameras und sonstige Ausrüstung nicht zur Zielscheibe machen.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich in diesem Forum erneut bekräftigen, dass Norwegen eine europäische Sicherheitsordnung auf der Grundlage des Völkerrechts und der nationalen Souveränität unterstützt.

1351. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1351, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte unter dem vorangegangenen Unterpunkt unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen“ von meinem Recht auf Erwidern gemäß Abschnitt IV.1 (C) Absatz 7 der Geschäftsordnung Gebrauch machen. Nachdem der vorangegangene Unterpunkt unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen“ fertig erörtert worden war, erhielt ich Kenntnis davon, dass Russland mein Land in der schriftlichen Erklärung erwähnt hatte, die es während der Erörterung des betreffenden Unterpunkts des Tagesordnungspunkts „Aktuelle Fragen“ verteilt hatte.

In der schriftlichen russischen Erklärung wurde die Entsendung eines kanadischen Militärkontingents in die Ukraine erwähnt, und ich möchte diesbezüglich weitere Informationen liefern.

Seit Herbst 2020 unterstützt das kanadische Sondereinsatzkräftekommando (*Canadian Special Operations Forces Command*, CANSOFCOM) die ukrainischen Sicherheitskräfte in regelmäßigen Abständen im Rahmen der „Operation UNIFIER“, bei der es sich, wie ich bereits bei früherer Gelegenheit in diesem Forum berichtet habe, um eine kleine Ausbildungsmission mit einer Personalstärke von insgesamt 200 Mann handelt.

Die kleine Menge an CANSOFCOM-Personal, die in der russischen Erklärung erwähnt wird, wurde in rein beratender Funktion zur Unterstützung des Betriebs und der Notfallplanung unserer Botschaft entsandt.

Die kanadischen Streitkräfte unterstützen *Global Affairs Canada* und unsere Botschaften im Ausland regelmäßig bei der Entwicklung einer umsichtigen Notfallplanung.

Herr Vorsitzender,

ich möchte anmerken, dass die Praxis, während der Sitzung des Ständigen Rates eine schriftliche Erklärung zu verteilen und dann eine andere Erklärung abzugeben, ohne auf den Inhalt der schriftlichen Erklärung Bezug zu nehmen, wie es die Russische Föderation in den

letzten zwei Wochen getan hat, unsere Fähigkeit zu einem vernünftigen Austausch beeinträchtigt.

Es gehört in der OSZE seit langem zum guten Ton, Erklärungen, in denen andere Teilnehmerstaaten erwähnt werden, diesen vorab zukommen zu lassen, da dies wichtig ist, um einen konstruktiven Dialog zu unterstützen. Noch wichtiger ist das, wenn die betreffende schriftliche Erklärung nicht mündlich im Ständigen Rat verlesen wird, damit wir sie hören und auf sie eingehen können. Ich möchte unseren geschätzten russischen Kollegen bitten, Maßnahmen zu ergreifen, um unseren Dialog auf diese Weise zu unterstützen.

Ich danke Ihnen.

1351. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1351, Punkt 3 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Herr Vorsitzender,

am vergangenen Sonntag, dem 16. Januar, stimmten die Bürgerinnen und Bürger Serbiens in einem Referendum über die Änderung der Verfassung betreffend die Justiz ab. Nach den vorläufigen Ergebnissen der serbischen Wahlbehörde sprachen sich 62 Prozent der Stimmen für eine Änderung aus.

Die Verfassungsänderungen, die eine Voraussetzung für die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz und für Reformen im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses sind, betreffen die Auswahl der Richterinnen und Richter und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Durch die Änderungen wird eine politische Einflussnahme auf diesen Prozess ausgeschlossen, da darin vorgesehen ist, dass die Richterinnen und Richter vom Hohen Justizrat und die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vom Hohen Rat der Staatsanwaltschaft gewählt werden.

Die Venedig-Kommission gab eine positive Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ab und stellte fest, dass sie im Einklang mit europäischen Standards stünden. In einer gemeinsamen Erklärung vom 14. Januar begrüßten Deutschland, Frankreich, Italien, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union das Referendum (ich zitiere) „als einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und zur Verbesserung der Transparenz und Wirksamkeit der rechtsstaatlichen Institutionen des Landes“ und äußerten ihre Überzeugung (ich zitiere), „dass diese Reformen ein Schritt zur Angleichung Serbiens an europäische Standards sind und den EU-Beitrittsprozess Serbiens unterstützen werden.“

Auch EU-Kommissar Olivér Várhelyi äußerte sich zu den angenommenen Änderungen (ich zitiere): „Mit dem heutigen Referendum haben sich die Wählerinnen und Wähler für die Verfassungsänderung zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz ausgesprochen. Ich begrüße diesen wichtigen Schritt und das Bekenntnis zum europäischen Weg.“

Herr Vorsitzender,

trotz der Bedeutung des Themas und der großen internationalen Unterstützung wurde das Referendum in Kosovo und Metochien nicht abgehalten

Erlauben Sie mir, daran zu erinnern, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 1244 (1999) die internationale zivile Präsenz in Kosovo und Metochien mit folgender Aufgabe betraut hat, (ich zitiere Punkt 11(c)), „bis zu einer politischen Regelung die Organisation und Überwachung der Entwicklung vorläufiger Institutionen für eine demokratische und autonome Selbstverwaltung, einschließlich der Abhaltung von Wahlen“.

Mit Beschluss Nr. 305 des Ständigen Rates der OSZE vom 1. Juli 1999 wurde festgelegt, dass die OSZE-Mission in Kosovo und Metochien im Bereich der institutionellen und demokratischen Entwicklung und der Menschenrechte federführend sein wird. Der Beschluss definiert den Aufgabenbereich der OMiK genau und legt fest, dass sich die Mission bei ihrer Arbeit unter anderem auf die „Organisation und Beaufsichtigung von Wahlen“ konzentrieren wird (Punkt 3).

Herr Vorsitzender,

am 14. Januar nahm die kosovarische Polizei ohne plausible Erklärung den Regional-Koordinator der Wahlbehörde Marko Janković und fünf weitere Personen am Grenzübergang (an der Verwaltungsgrenze) Merdare fest. Ehe er freigelassen wurde, musste Herr Janković nach einem mehrstündigen Verhör ein Dokument in albanischer Sprache ohne serbische Übersetzung unterzeichnen. Zwei Lastwagen mit Material für das Referendum wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Am 15. Januar verabschiedete die örtliche Versammlung in einer außerordentlichen Sitzung am Samstag auf dringenden Antrag von Herrn Kurti eine EntschlieÙung, die die Durchführung eines Verfassungsreferendums in Kosovo und Metochien untersagt. Die EntschlieÙung wurde ohne die Stimmen der kosovarischen Serbinnen und Serben verabschiedet.

Den Bürgerinnen und Bürgern von Kosovo und Metochien wurde somit das Recht auf Teilnahme an dem Referendum verweigert. Ungeachtet der Aufforderungen des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und der sogenannten Quint-Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika) beschloss Priština, der OSZE-Mission im Kosovo nicht zu erlauben, die Stimmzettel einzusammeln. Dies verstieÙ gegen die gängige Praxis bei allen bisherigen Abstimmungen der letzten zehn Jahre, zuletzt im Jahr 2020. Da sie nicht die Möglichkeit hatten, ihre Rechte zu Hause wahrzunehmen, gaben einige kosovarische Serbinnen und Serben ihre Stimmen in vier Gemeinden in Zentralserbien ab – in Kuršumlja, Raška, Novi Pazar und Vranje. Allerdings waren nicht alle kosovarischen Serbinnen und Serben in der Lage, so kurzfristig ihr Stimme abzugeben.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich auf die gemeinsame Erklärung von Deutschland, Frankreich, Italien, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union zurückkommen (ich zitiere): „Wir stellen mit Bedauern fest, dass die Regierung des

Kosovo der OSZE nicht gestattet hat, die Stimmzettel der im Kosovo lebenden Wahlberechtigten für das bevorstehende Referendum in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis einzusammeln. Wir fordern die Regierung des Kosovo auf, den Serbinnen und Serben im Kosovo zu gestatten, ihr Recht auf Teilnahme an Wahlen und Wahlprozessen in Übereinstimmung mit dieser bewährten Praxis auszuüben.“ Nach den Worten des Hohen Vertreters der EU, Josep Borrell, „sollten die Menschen in der Lage sein, ihr Wahlrecht auszuüben“.

Die Erfahrung lehrt uns jedoch, dass Appelle und Bedauern nicht ausreichen. Serbien appelliert nachdrücklich an alle in der internationalen Gemeinschaft, die sich für die Sicherheit und Stabilität in der Region interessieren und engagieren, auf den provozierenden Kurs Prištinas entschlossen zu reagieren. Geeignete gezielte Maßnahmen gegen diejenigen Akteurinnen und Akteure in Priština, die die Spaltung verschärfen, das Misstrauen zwischen den Gemeinschaften vertiefen und die Stabilität untergraben, sind mehr als überfällig.

Die bevorstehende Präsidenten- und Parlamentswahl in Serbien am 3. April muss ohne Behinderungen durch Priština und in Übereinstimmung mit der bereits seit Langem etablierten Praxis durchgeführt werden. Um eine Wiederholung der Ereignisse vom 16. Januar zu vermeiden und die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen in Kosovo und Metochien am 3. April zu gewährleisten, ersucht Serbien die OSZE um ihr aktives Engagement, zusätzliche gezielte Bemühungen und entschlossene konkrete Maßnahmen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke.